



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

7, 8 / 2008

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Stadtwerke verkauft?

Am 4. Juli hat die Stadtverordnetenversammlung 74,9 % der Stadtwerke Forst an die GASAG mit Sitz in Berlin verkauft. Die GASAG ist ein Unternehmen, an dem die Konzerne Gas de France, EON und Vattenfall mit jeweils mehr als 30 % beteiligt sind.

Die Stadt erhält 4,45 Millionen Euro und muss als Gegenleistung die Schwimmhalle aus dem Bestand der Stadtwerke für 2,17 Millionen Euro herauskaufen. Die Halle war einst kostenlos an die Stadtwerke übertragen worden.

Wir haben dem Handel als einzige Fraktion nicht zugestimmt. Unser Ziel war es, die Stadtwerke als städtisches Unternehmen zu erhalten. Das Unternehmen befindet sich in keiner einfachen Situation. Die Fernwärme ist seit vielen Jahren defizitär. Das heißt, der Fernwärmebereich hat seit der Errichtung der Blockheizkraftwerke Anfang der Neunzigerjahre fast nie einen Gewinn erwirtschaftet. Die Schwimmhalle wurde in die Stadtwerke übertragen, um steuerliche Vorteile nutzen zu können. Es war zu allen Zeiten klar, dass der Betrieb der Halle immer Verluste erwirtschaften würde. Trotz der schlechten Haushaltslage der Stadt war dies keine falsche Entscheidung. Städtische Unternehmen sollen denen nützen, denen sie gehören, also den Bürgern unserer Stadt. Der Betrieb der Schwimmhalle war also eine wichtige Dienstleistung für die Bevölkerung in Forst.

Im Jahr 2006 wurde dem Aufsichtsrat erstmals im Jahresabschluss die problematische Situation der Fernwärme verdeutlicht. Einerseits hätte dies zu erheblichen Preiserhöhungen führen müssen, andererseits konnten erhöhte Preise an unsere Wohnungsbaunternehmen nicht mehr weitergegeben werden. Wir hatten schon die höchsten Preise in Brandenburg.

Zu diesem Zeitpunkt wurde erstmals überlegt, eine strategische Partnerschaft

einzugehen und ein Privatunternehmen an den Stadtwerken zu beteiligen. Ziel war ein maximaler Verkauf von 49,9 % der Anteile. Somit sollte gesichert werden, dass die Stadt Mehrheitsgesellschaft bleibt. Andere Alternativen sollten nicht ausgeschlossen werden. Diese Entwicklung haben wir unterstützt.

Der Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten 2007 enthielt drei Ziele: Sicherung des Bestands der Stadtwerke, Erhaltung der Schwimmhalle und, auf Drängen des Kämmers, Einnahmen für den städtischen Haushalt. Im Verkaufs-

verfahren änderten sich dann die Prioritäten. Die Erhaltung der Schwimmhalle ist nun nicht mehr gesichert. Der Anteilsverkauf wurde auf 74,9 % aufgestockt und von alternativen Lösungen war keine Rede mehr. Das ganze Unternehmen wurde unter höchste Geheimhaltung gesetzt und dabei die Gemeindeordnung umgangen. Wie in der letzten Ausgabe des Malxe-Blattes berichtet, sollten wir im Hauptausschuss eine zusätzliche Geheimhaltungsverpflichtung unterschreiben. Inzwischen hat die Kommunalaufsicht klar festgestellt, dass dies ein unzulässiger Akt des Bürgermeisters war. Ein Wort der Entschuldigung kam natürlich nicht über seine Lippen. ► S. 2



Meine Sicht auf 5 Jahre SVV Forst

Mehr als 15 Jahre arbeite ich nun als Stadtverordneter. Viele Höhen und Tiefen erlebte ich in dieser Zeit. Mit

Stolz konnte ich mich bei meiner Tätigkeit auf einen großen Rückhalt meiner Wähler berufen. Sehr oft fragten mich Bekannte: »Was bringt es dir? Warum tust du dir so etwas an? Was erreicht ihr als Opposition?«

All diese Fragen lassen sich nicht so schnell beantworten. Die Anerkennung meiner Tätigkeit bei den Bemühungen, die Probleme der Forster Bürger zu lösen, sind durchaus als Erfolge zu werten. Es gab natürlich auch viele Streitgespräche in der Fraktion, mit Freunden und politisch Interessierten, welche mich bei meiner Entscheidung unterstützten und mir die Bestätigung gaben, dass sie auf einem sachlichen Hintergrund basiert.

Eines der großen Beispiele ist der Erhalt der Oberschule Nordstadt. Von Beginn an kämpfte ich für den Erhalt der Schule, da es meiner Meinung nach ein idealer Schulstandort ist und wichtig für den Norden der Stadt. Die vielen Varianten, Kostenfragen, Schulprobleme, unterschiedlichen Mehrheiten im Stadtparlament usw. brachten ständig Unsicherheiten. Nicht selten

gab es kritische, aber auch böse Worte von Eltern und Lehrern der I. OS bzw. der Schule Eulo. Letztlich gab die Zerstrittenheit der anderen Abgeordneten uns die Chance, die jetzige Lösung durchzusetzen. Der Kindergarten »Fröbel« und viele andere für die Stadt wichtige Entscheidungen sind ein bereiteter Nachweis unserer Erfolge im Stadtparlament. Erstaunlich ist aber nach wie vor, dass der Erfolg viele Väter hat. Dies kann man z. B. auch wieder sehr deutlich an der vermeintlichen Erfolgsbilanz der SPD, dargestellt in der LR am 04.06.08, erkennen.

Die Lage in der Stadt ist durchaus nicht leichter geworden. Noch nie wurden uns so oft Informationen durch die Verwaltung vorenthalten oder mit einer juristischen Auseinandersetzung gedroht, wie im letzten Jahr.

Meine Erfahrungen und mein Wille, politisch glaubwürdig für die Bürger zu arbeiten, geben mir auch in der nächsten Legislatur die Zuversicht, für die Bürger etwas zu erreichen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl am 28.09. in diesem Jahr wird zeigen, ob meine Arbeit und die Arbeit der Fraktion die notwendige Anerkennung bei den Bürgern findet.

Horst Beier
Stadtverordneter Die Linke

Stadtwerke ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Nachdem nur ein Anbieter überhaupt ein Kaufangebot abgegeben hatte, stellte sich noch deutlicher die Frage nach Alternativen, allerdings nur bei unserer Fraktion. Die anderen wollten das Thema schnell vom Tisch haben. Auf die Frage, ob denn alle Fraktionen wenigstens die Verträge gelesen hatten, gab es keine Antwort. Der Geschäftsführer der Stadtwerke verstieß bereits eine Woche vor der Stadtverordnetenversammlung gegen seine Verschwiegenheitspflicht und informierte die Mitarbeiter der Stadtwerke über den Käufer. Gleichzeitig ließ er einen Brief unterschreiben, in dem die Mitarbeiter den Verkauf unterstützen sollten. Im öffentlichen Teil der SVV-Sitzung attackierte er dann noch den Betriebsrat des von ihm geführten

Unternehmens, weil sie seine Sichtweise der Dinge nicht mitgetragen hatten. All dies geschah mit Billigung und Wissen des Bürgermeisters. Wir stellten den Antrag, das Verfahren für sechs Wochen auszusetzen und alternative Angebote zu prüfen. Ein Unternehmen, das im Verkaufsprozess vollen Einblick in die Unterlagen der Stadtwerke hatte, gab zwar kein Kaufangebot ab, weil schnelle Gewinne nur durch Preiserhöhungen möglich wären, war aber bereit, mit seinen fachlichen Fähigkeiten die Betriebsführung zu übernehmen. In diesem Fall wären die Stadtwerke zu 100 % in städtischer Hand geblieben und gleichzeitig hätten wir die Kenntnisse und Möglichkeiten eines Privatunternehmens mit Erfahrung bei der Führung kleinerer Stadtwerke nutzen können. Unser Antrag wurde diskussionslos abgelehnt. Alternativen unerwünscht.

Schuld an den Problemen der Stadtwerke sind natürlich die Linken, obwohl wir niemals über eine Mehrheit im Aufsichtsrat der Stadtwerke verfügten und wirklich keine parteipolitischen Kontakte zur Geschäftsführung haben, würde der Bürgermeister uns gern in Generalhaftung nehmen. Frei nach dem Motto »hält den Dieb«.

Um den Verkauf der Stadtwerke noch abzuwenden, bleibt jetzt noch eine Möglichkeit. Wir werden in Kürze entscheiden, ob wir ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf starten. Dann bekommen wir endlich die öffentliche Auseinandersetzung, die diesem Thema gebührt, denn wir verkaufen hier das Eigentum der Forster Bürgerinnen und Bürger.

*Ingo Paeschke,
Fraktionsvorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. in der SVV*



Seit der Wiedervereinigung sind nun fast 18 Jahre vergangen und Deutschland ist mir fremd geworden. Die Euphorie der Verbundenheit war nur von kurzer Dauer.

Bald schon haben unsere Bürger erfahren müssen, dass vieles anders wurde, nicht nur Licht, sondern auch Schatten über uns kam. Vertrauensvoll sind damals schon viele Bürger auf Hausierer und Betrüger hereingefallen. Das brachte das System mit sich. Die DDR wurde aufgelöst und wir wurden Beitrittsgebiet. Also »Beitrittsdeutsche«. So wurden wir aufgenommen und auch behandelt. Gewiss, eine schwere Zeit für uns alle, mit den neuen gesellschaftlichen Formen zurechtzukommen. Betriebe und ganze Industriezweige wurden mittels Treuhand abgewickelt oder stillgelegt. Nicht in jedem Fall waren die Werke verschlissen. Ich kenne viele Industriebetriebe, die mit modernen Hochtechnologien ausgestattet waren. Es galt eben, den Markt von Konkurrenz zu befreien, damit die bundesdeutschen Betriebe vorerst weiterlaufen. Diese Aufgabe wurde auf politischer Ebene geführt und war mit großen Verlusten von Arbeitsplätzen verbunden. Das ist uns noch in guter Erinnerung. Man sprach von notwendiger Marktberingung. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl hat Hoffnung und Zuversicht verkündet. Bis 1996 sollten wir einheitlich auf 100 % angeglichen werden. In Abgaben und Steuern wurde es sofort durchgesetzt. Doch bis heute haben wir noch keine Angleichung in Tarifen und Verdiensten.

Gewiss, es ist viel geschehen in den vergangenen 18 Jahren, viel hat sich verändert, aber leider bei weitem nicht

Gedanken vor der Kommunalwahl

immer zum Positiven. Ich denke hier beispielsweise an die Einführung von Hartz IV, was sicher zur drastischen Erhöhung der Armut, und vor allem der Kinderarmut, in Deutschland beitrug und wo auch heute noch zwischen Ost und West unterschieden wird. Erschreckend auch das Anwachsen von Korruptionsfällen, Skandalen und Betrügereien auf höchster Ebene in unserem Land. Unbefriedigend ist für mich ebenso der Umgang mit den Renten sowie die gesamte Situation im Gesundheitswesen und bei der Pflegeversicherung. Auch kann ich mir nicht vorstellen, wie lange es noch von den Menschen hingenommen wird, dass die Lebenshaltungskosten, zumindest für den »kleinen Mann«, langsam schon ins Unermessliche steigen, während anderorts geradezu schamlos über Diätenerhöhungen diskutiert und ihnen meist auch zugestimmt wird.

Jetzt wo wieder Kommunalwahlen und im nächsten Jahr vor allem Bundestagswahlen vor der Tür stehen, geht das übliche Gerangel um die Wähler-

gunst wieder los. Neben nervenden Streitigkeiten versuchen sich die Regierungsparteien gegenseitig an bürgernahe Vorschlägen und Beschlüssen zu übertreffen und natürlich DIE LINKE zu diffamieren. Glücklicherweise kann in einer Demokratie der Wähler entscheiden, wem er tatsächlich Vertrauen entgegenbringt. Für mich hat sich gerade DIE LINKE zu einer Partei entwickelt, die den Namen Volkspartei wirklich verdient. Nicht nur in ihren Programmen und Leitlinien tritt sie u. a. für soziale Gerechtigkeit ein, sondern auch in allen Gremien, in die Abgeordnete gewählt wurden, obwohl sie oft auf Widerstand trifft.

Werte Bürgerinnen und Bürger, bitte nehmen Sie Ihr Stimmrecht wahr und gehen Sie am 28. September zur Wahl. Mit Ihrer Stimme können Sie Einfluss auf unser gesellschaftliches Leben nehmen. Wählen Sie DIE LINKE! Jede Stimme zählt!

*W. Klenge,
Kandidat für die Wahl zur
Stadtverordnetenversammlung Forst*

Seit dem 1. Mai hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag einen eigenen Kanal bei YouTube.

Dort gibt es alle Videos zum Ansehen, Abonnieren und Einbinden auf der eigenen Website.

Immer freitags gibt es einen neuen Podcast zu aktuellen Themen.

Ebenso können dort wichtige Reden in Bild und Ton nachvollzogen werden, siehe:

<http://de.youtube.com/linksfraktion>

Rechtsextremismus in der Region – Wirklich nur Protest?

Die Kommunalwahl in Sachsen hat es gezeigt, die Rechtsextremen, um genau zu sein, die NPD, hat ihr Wahlergebnis zur vorangegangenen Wahl vervierfacht. Auch in Brandenburg stehen im Herbst Kommunalwahlen an. Mit markigen Sprüchen kündigt die NPD an, auch im Spree-Neiße-Kreis und in Cottbus in die kommunalen Parlamente einziehen zu wollen. Was können, was wollen die demokratischen Parteien dagegen ins Feld führen? Überparteilich sollte man sich einig sein, dieses Vorhaben der NPD zu verhindern. Dazu bedarf es auch im Wahlkampf einer klaren Aussage zum Rechtsextremismus. In diesem Sinne trägt der Runde Tisch Forst eine große Verantwortung. Diese Verantwortung beinhaltet das Zusammenwirken aller demokratischen Parteien und der soziokulturellen Vereine am Runden Tisch, um aufzuklären und entschieden entgegenzuwirken.

Jedem in der Stadt Forst und Umgebung sollte bewusst sein, dass das rechtsextremistische Problem sehr groß ist. Beweis war zuletzt der Auftritt von zirka 50 rechten Hooligans aus Cottbus beim Fußballspiel des SV Süden Forst. Die Vernetzung rechtsextremer freier Kräfte auch außerhalb der NPD ist in der letzten Zeit sprunghaft angestiegen. Ein großes Anliegen des Runden Tisches Forst ist eine bessere Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und die Einbeziehung in die Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Wenn wir die Demokratie erhalten und verbessern wollen, müssen wir uns gegen rechte Parolen zur Wehr setzen und wir sollten verhindern, dass rechte Thesen weiter in die Mitte der Gesellschaft vordringen können. Gesellschaftspolitische Gestaltungsfähigkeit funktioniert nur in einer Demokratie, und die gilt es gegen rechte Meinungs-mache zu verteidigen. **Andreas Beckmann**

1,1 Prozent mehr ist real eine Rentenkürzung

Als »letzten Akt eines traurigen Schauspiels« bewertet der stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, den Beschluss zur Erhöhung der Renten um 1,1 Prozent ab Juli 2008.

Nach Jahren der Stagnation ist jeder Euro mehr Rente ein kleiner Sieg. Aber 1,1 Prozent mehr Rente sind real eine Rentenkürzung. Weil die Preise um drei Prozent steigen, werden die Rentnerinnen und Rentner am Ende des Jahres real zwei Prozent weniger in der Tasche haben. Schleichend hält die Altersarmut wieder Einzug in Deutschland.

Diese Politik muss gestoppt werden, bevor es zu spät ist. DIE LINKE hat die

zunehmende Altersarmut und den Kampf gegen die »Rente mit 67« zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Derzeit finden in allen Bundesländern Veranstaltungen statt. Die Säle sind voll. An den Infoständen werden wir förmlich von den Sorgen und Ängsten der Menschen um ihre Rente überrannt.

Mit unserer Rentenkampagne haben wir den Nerv der Menschen getroffen. Das erleben wir in unseren Aktionskonferenzen und bei unseren Aktionen auf der Straße. Wer die Rente kürzt, kürzt die Lebenschancen der Menschen und trägt Angst in jedes Haus. DIE LINKE ist die einzige Partei, die konsequent für gute und sichere Renten kämpft.

CDU-Aufklärung über die DDR

Mit einer Aufklärungsaktion in den Schulen will die CDU den Jugendlichen die DDR erklären. Sie befürchtet eine Verklärung der DDR, wo doch nach Ansicht der CDU die DDR ein reiner Unrechtsstaat gewesen ist. Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit und ein hervorragendes Bildungssystem sind nach Aussagen der ehemaligen Blockpartei CDU unrecht. Richtig, die Stasi hat weite Teile der Bevölkerung überwacht und politische Reformvorschläge unterdrückt. Reise- und Pressefreiheit waren in der DDR faktisch nicht vorhanden. An allen Entscheidungen beteiligt waren neben der SED auch die Blockparteien, darunter auch die CDU.

Welche Verbesserungen hat uns die CDU nun seit der Wiedervereinigung gebracht? Neben dem entfesselten Kapitalismus hat sie auch die Online-Durchsuchung und die Datenspeicherung in großem Umfang gebracht. Sie hat dafür gesorgt, dass der Osten schlechter gestellt ist als der Westen, so zum Beispiel in Lohn und Rente. Dass die Stasi unrecht war, ist heute keine Frage mehr, aber wer heute weiter bespitzeln lässt und dabei weitaus ausgeklügelte Maßnahmen ergreift, sollte über die Stasi in der DDR nicht reden dürfen. Das ist eine Verhöhnung der ehemaligen Opfer.

Wenn man über geschichtliche Aufklärung sprechen will, müsste schon ein paar Jahrzehnte früher begonnen werden. Genau gesagt ab dem Jahr 1945. Hat denn in diesem Zusammenhang die CDU schon einmal darüber aufgeklärt, wer von der damaligen NSDAP in die CDU übernommen wurde? Dass die Geschichte nach dem Krieg nicht restlos aufgeklärt ist, zeigte die Trauerrede des CDU-Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Oettinger, der den Nazirichter und früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger als Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime darstellte und verklärte. Wer im Glashaussitz sollte nicht mit Steinen werfen, weiß ein altes Sprichwort. Alle derartigen Bestrebungen der CDU sollen nur einem Ziel dienen, nämlich das weitere Erstarken der LINKEN zu verhindern und neben der Diffamierung und Diskreditierung von einzelnen Personen die gesamte Partei in die Schmutzlecke zu stellen. Gelingen wird dies jedoch nicht, denn die Unzufriedenheit in der Gesellschaft und die erlebte soziale Schieflage wird andere Antworten finden, als die von der CDU vorgegebenen. Abschließend ist festzuhalten, wer plötzlich die böse DDR als politisches Instrument wiederentdeckt, der hat selbst gravierende politische Fehler gemacht und kann diese einfach nicht eingestehen.

A. Beckmann

Spendenaufruf zur anstehenden Wahl!

Sehr geehrte Sympathisantinnen, sehr geehrte Sympathisanten, liebe Genossinnen, liebe Genossen, wieder steht uns eine Wahl ins Haus.

Wir, die Verantwortlichen des Ortsverbandes, die Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung und zum Kreistag, sowie alle aktiven Helfer werden unsere gesamte Kraft einbringen, um für DIE LINKE ein gutes Ergebnis zu erreichen.

Es ist bei Wahlkämpfen notwendig geworden, auch in den öffentlichen Medien zu werben. Das hat zur Folge, dass der Wahlkampf immer kostenintensiver wird.

Da die Linke im Gegensatz zu allen anderen Parteien nicht mit der Unterstützung aus Industrie und Wirtschaft rechnen kann, sind wir insbesondere auf Spenden unserer Sympathisanten und Mitglieder angewiesen.

Deshalb bitten wir Sie/Euch um unterstützende Spenden für diese Aufgabe.

Vielen Dank, im Namen unserer gemeinsamen Sache.

Der Ortsvorstand Forst



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

Osten als fünftes Rad am Wagen

Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung stellt fest, dass die neuen Bundesländer von einem selbsttragenden Aufschwung noch weit entfernt sind. Dazu erklärt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am 20.6.2008:

Nach »blühenden Landschaften« und der »Chefsache Ost« ist der Osten jetzt das fünfte Rad am Wagen. Wolfgang Tiefensee (SPD) ist als Verkehrsminister ziemlich blass, als Ost-Beauftragter ist er ein Totalausfall. Ob Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft oder Einkommenslage – die Schere zwischen Ost und West klafft immer weiter. Ein Beispiel dafür ist die monatliche Arbeitslosenstatistik, nach der im Osten die Arbeitslosigkeit

nach wie vor mehr als doppelt so hoch ist, als in den alten Ländern.

Die derzeitige Bilanz des Ost-Beauftragten der Merkel-Regierung: Angleichung der Lebensverhältnisse – Fehlanzeige, Konzepte für einen selbsttragenden Aufschwung – gibt es nicht, Lohn- oder Rentenangleichung – ist nicht vorgesehen.

Es kann nicht darum gehen, dass Wolfgang Tiefensee den Osten treffend beschreibt, seine Aufgabe ist es, etwas für den Osten zu tun.

Beispielsweise würde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes vor allem den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Ostländern zu Gute kommen. Das wäre ein erster Schritt für die von der LINKEN seit langem geforderten Angleichung der Löhne von Ost und West.

Petra Paus Newsletter

Im Antiterrorkampf endlich das Naheliegende tun

Laut einer internen Studie der US-Luftwaffe sind die meisten US-Atomwaffenlager in Europa völlig ungenügend gesichert. Dazu erklärt Petra Paus, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Anstatt Sicherheitsbehörden im sogenannten Antiterrorkampf mit immer mehr zweifelhaften Lausch- und Späh-Befugnissen auszustatten sollte endlich das Naheliegende getan werden. Und das heißt nicht, die US-Atomwaffen in Deutschland besser vor unbefugten Zugriffen zu schützen. Das heißt viel mehr: Sie müssen endlich und endgültig entsorgt werden.

(Petra Paus ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)

PINNWAND

Termine

Di., 22.07., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
DIE LINKE-Ortsvorstandssitzung und AG-Wahlen

Mo., 25.08., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
AG »Malxe-Blatt«

Geburtstage

20.07.: 85 Jahre, Gen. Emil Risch in Döbern
24.07.: 91 Jahre, Genn. Elfriede Bonkatz
25.07.: 84 Jahre, Gen. Gerhard Matusch in Döbern
25.07.: 83 Jahre, Genn. Cäcilie Kleiber in Döbern
27.07.: 81 Jahre, Genn. Jutta Schmidt
27.07.: 67 Jahre, Gen. Günter Schmotz
27.07.: 68 Jahre, Gen. Wolfgang Spaarschuh in Dubrau
09.08.: 76 Jahre, Genn. Edith Witzel
10.08.: 70 Jahre, Gen. Gerhard Böcking
13.08.: 67 Jahre, Genn. Brigitte Schröder
14.08.: 69 Jahre, Genn. Elvira Kramer in Groß Kölzig
27.08.: 80 Jahre, Gen. Rolaf Schahn
28.08.: 89 Jahre, Gen. Walter John
29.08.: 84 Jahre, Genn. Hildegard Jentsch
29.08.: 79 Jahre, Gen. Martin Noack
09.09.: 89 Jahre, Genn. Dora Poschau

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Warum drehen immer
weniger Selbstmörder
den Gashahn auf?! Zu teuer...!



Aus Eulenspiegel Nr. 7/08

Selber schuld

Die Deutschen sind selber schuld daran, dass es auf dem Strommarkt keinen Wettbewerb gibt. Sie wechseln einfach nicht ihre Anbieter. Und das bloß, weil es keine nennenswerten Preisunterschiede zwischen ihnen gibt.

WM

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.